

Stadt schlittert in Haushaltssicherung

Von Arndt Hoppe

RAHDEN (WB). Der Stadt Rahden geht es finanziell noch deutlich schlechter als bisher bekannt. Diese Hiobsbotschaft überbrachte Kämmerer Ralph Picker, als er den Haushaltsentwurf 2024 vorstellte. Die Haushaltssicherung ist nicht abzuwenden.

„Die Stadt steht in den Jahren 2024 bis 2027 vor erheblichen Herausforderungen“, erklärte Picker am Donnerstag im Rat. Die Zahlen hätten sich seit den Berechnungen, die er im November vorlegte, noch verschlechtert.

Das Defizit im Haushalt steigt von bisher angenommenen rund 6,6 Millionen Euro auf 8,8 Millionen Euro allein im Jahr 2024. „Der Grund dafür sind erhebliche Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer“, erklärte der Kämmerer. Das Defizit in den Folgejahren bis 2027 betrage demnach auch nicht, wie bereits angekündigt, 19,7 Millionen Euro, sondern insgesamt 23,8 Millionen Euro.

Land streicht 5-Prozent-Regel doch nicht

Hatte Picker noch im November die halbwegs gute Nachricht mitteilen können, dass der Stadt das Aufstellen eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) erspart bleibe, musste er auch diese Aussage notgedrungen revidieren.

„Noch am 7. November hat die NRW-Heimatministerin in einer Videoschleife mit Vertretern aus allen Kommunen eine Gesetzesänderung angekündigt, nach der die 5-Prozent-Grenze gestrichen werden soll“, sagte Picker. „Dieser Paragraph ist in der ersten Lesung des Gesetzes nun doch weiterhin enthalten.“

Somit bleibt es bei der Jahrzehnte lang geltenden Regelung, dass die Kommunen in die Haushaltssicherung müssen, wenn sie zwei Jahre hintereinander mehr als 5 Prozent aus der Allgemeinen Rücklage entnehmen.

„Unsere Ausgleichsrücklage ist bereit 2025 aufgezehrt“, sagte der Kämmerer. Da in beiden Folgejahren mehr als 5 Prozent aus der Allgemeinen Rücklage entnommen werden muss, müssen wir schon 2024 ein HSK aufstellen, machte der Kämmerer klar.

Auf Nachfrage des WESTFALEN-BLATTS am Freitag zeigte sich Ralph Picker irri-



Die Haushaltslage der Stadt Rahden ist noch schlechter als bisher bekannt. Deswegen wird die Stadt wohl 2024 in die Haushaltssicherung gehen müssen. Deshalb stimmten die Ratsmitglieder einer Erhöhung der Grundsteuer A und B am Donnerstag zu. Foto: Arndt Hoppe

tiert von der „Unberechenbarkeit“ der Landesregierung in diesem Punkt. „Die 5-Prozent-Regel doch beizubehalten, ändert für uns wieder alles“, sagte er. „Und die zweite Lesung des Gesetzes ist Ende Februar. Bleibt es dann dabei?“

Picker zeigte noch einmal die Punkte auf, die maßgeblich zur Verschlechterung der finanziellen Situation beitragen. Außer den steigenden Personalkosten wegen der aktuellen Tarifabschlüsse nannte er die Minderung der Gewerbesteuererinnahmen und die Erhöhung der Kreisumlage. „Und da sind künftige Erhöhungen der Kreisumlage für Krankenhausneubauten noch nicht eingerechnet“, betonte er.

Honsel: „Über Weihnachten Kraft sammeln“

Vor dem Hintergrund dieser schlechten Nachrichten, schlug Bürgermeister Honsel dem Rat vor, über Weihnachten Kraft zu sammeln und



Bürgermeister Dr. Bert Honsel.

Foto: Arndt Hoppe

dann in die notwendigen Gespräche zu gehen. Die Ratsmitglieder kündigten an, sich intensiv mit den Zahlen und den daraus zu ziehenden Konsequenzen befassen zu wollen, um in Haushaltsklausuren und -gesprächen die möglichen Schritte zu beraten.

Im Gespräch mit dem WESTFALEN-BLATT machte Bürgermeister Honsel, der schon seit Monaten vor schwierigen Zeiten gewarnt hatte, seine Sorgen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Kommunen ganz deutlich. Angesichts der Tatsache, dass vielen bis allen Kommunen im Kreis die Haushaltssicherung drohe, fordere er auch vom Kreis einen „stringenten Sparkurs“.

Hinsichtlich der Krankenhauspläne auf Kreisebene fügte Honsel hinzu: „Ich sehe bei der aktuellen Haushaltslage der Kommunen keine Refinanzierungsmöglichkeit für Krankenhausneubauten. Ich sehe nicht, wie das laufen soll.“

Grundsteuererhöhung beschlossen

Beschlossen wurde jedoch schon am Donnerstag eine Erhöhung der Grundsteuern A und B um etwa 30 Prozent, wie sie Kämmerer Picker schon im Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagen hatte. Die neuen Hebesätze für 2024 werden demnach bei der Grundsteuer A (für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe) 300 Prozent (bisher 270) betragen. Der Satz für die Grundsteuer B (für Grundstücke) wird auf

500 Prozent (bisher 470) festgesetzt. Der Wert für die Gewerbesteuer soll bei 415 Prozent bleiben.

Zu dieser Entscheidung sahen sich alle Ratsmitglieder aufgrund der prekären Situation gezwungen. Der Kämmerer machte dabei deutlich: „Diese Erhöhung ist bei den vorliegenden Zahlen nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“ Rahden sei auch mit diesen Werten noch das „Schlusslicht im Kreis“. Preußisch Oldendorf habe den Hebesatz gerade auf 700 Prozent angehoben.

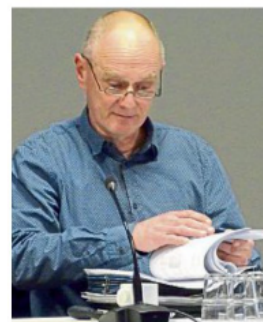
„Wollte man das Defizit komplett durch die Grundsteuer ausgleichen, müsste man sie auf 1400 Prozent anheben“, rechnete Picker als rein theoretische Überlegung vor. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass die Politik nicht an die Vorschläge der Verwaltung gebunden sei. Auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer könne vom Rat beschlossen werden.

Große Herausforderung

Guido Peitzmeier (CDU) sagte, es sei natürlich unglücklich, die Steuererhöhung schon vor dem Haushalt zu beschließen, aber er halte diese für moderat. Florian Haase (FDP) sagte, es widerstrebe ihm, weil es das Problem nicht löse. Es sei lediglich „ein erster Step“. Nun müsse die Politik ihre Hausaufgaben machen und eine Strategie entwickeln. „Da haben wir ordentlich zu tun.“

Udo Högemeier (SPD) stimmte für seine Fraktion ebenfalls zu, schweren Herzens, wie er sagte. Einerseits,

weil die Bürger belastet würden und zudem würden sich die Werte durch die Umstellung der Grundsteuerberechnung 2025 ohnehin wieder ändern. Auch Manfred Krämer (Grüne) signalisierte sei-



Rahdens Kämmerer Ralph Picker.

Foto: Michael Nichau

ne Bereitschaft, der Erhöhung zuzustimmen. Peter Grundmann (AfD), sagte, er werde dagegen stimmen. Er wolle nicht die Bürger für die Politik der Regierung in Regress nehmen. Er betonte, dass alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gehörten.

Beschluss zu Jugendcafé und ISEK vertagt

Über einen möglichen Umzug des Jugendcafés in das alte Lehrerzimmer der Realschule und Änderungen beim Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept meldeten CDU und FDP weiteren Beratungsbedarf an, so dass die SPD einer Verschiebung des Beschlusses (mehr oder weniger widerwillig) zustimmte.